Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindeämter des Bezirks. Ältestes Blatt im Bezirk. - - - Erscheint seit 1846.

Anzeigeblatt für Bischofswerda, Neukirch, Stolpen und Umgegend sowie für die angrenzenden Bezirke. — — Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. - - - - - Fernsprecher Nr. 22.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis [illegible] der wöchentlichen Beilagen, bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 3.—, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 3.30, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 9.— ohne Zustellungsgebühr.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 21542. — Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Grundzeile (Rim. Mosse 14) oder deren Raum 90 Pfg., örtliche Anzeigen 60 Pfg. Im Textteil (Rim. Mosse 16) 180 Pfg. die 3gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachlaß nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 3gespaltene Zeile 120 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 153. Sonntag, den 4. Juli 1920. 74. Jahrgang.

Eine stürmische Sitzung des Reichstags.

In der Freitagssitzung des Reichstags äußerte sich Reichswirtschaftsminister Dr. Hermes über die Ernährungslage. Sodann ergriff der deutsch-nationale Abgeordnete Staatssekretär a. D. Dr. Helfferich das Wort, dessen Ausführungen stellenweise stürmischen Widerspruch der Linken hervorriefen.

Berlin, 2. Juli. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen.

Abg. Warmuth (Deutschnat.) fragt an, weshalb bei Lieferung von Militärstoffen für die Sicherheitspolizei trotz niedrigeren Angebot der deutschen Tuchindustrie einer englischen Firma der Zuschlag erteilt worden sei; ferner, was die Regierung gegen die polnischen Schikanen der Nichtanerkennung direkter deutscher Fahrkarten nach Ostpreußen und Danzig zu tun gedenke. — Von der Regierung wird erklärt, daß in dem ersten Falle besondere Dringlichkeit vorgelegen habe und daß im zweiten Falle die Schwierigkeiten, die die Polen fortgesetzt machen, uns zu einer Beschwerde in Paris genötigt hätten. Die meisten Bahnlinien seien für den Durchgangsverkehr gesperrt in offensichtlicher Verletzung des Friedensvertrages.

Auf eine Anfrage des Abg. Weilnböck (Deutschnat.), ob das Reichsfinanzministerium bereit sei, an die Landesfinanzämter Anweisung zu erteilen, zuviel gezahlte Kriegssteuern zurückzuerstatten, sichert die Regierung ernste Erwägung zu.

Eine Anfrage der Abgeordneten Frau Brönner (Dem.) über das Schicksal des Dr. van Haltum wurde vom Minister des Äußeren Simons selbst beantwortet, der ausführte, die Regierung habe in Warschau und Paris sofort protestiert. Der Minister protestiert ferner gegen das Verhalten der Polen, gegen die Festhaltung der nach Ost- und Westpreußen unterwegs befindlichen Deutschen, empfiehlt zur Sicherheit den Seeweg und erklärt: Er wolle in diesem Augenblick, wo die Regierung in Warschau sich in ernster Lage infolge des Krieges mit Rußland befindet, dem Rechnung tragen; aber alles habe seine Grenzen, und man müsse verlangen, daß jede Regierung zur Durchführung der eingegangenen Verpflichtungen auch ihre Untergebenen anzuhalten habe.

In der fortgesetzten Aussprache über das Regierungsprogramm erhält zunächst der

Reichsernährungsminister Dr. Hermes

das Wort.

Die Entbehrungen in der Ernährung, die zu den Unruhen in den letzten Tagen geführt hätten, nötigten die Regierung, einzugreifen. Leider seien die Bedingungen hierfür sehr schwer. Eine Preispolitik zugunsten der Landwirtschaft lehne er ab; aber den Landwirten müßten Preise zugebilligt werden, die ihren Produktionskosten entsprächen. — Der Minister fährt fort: Die Preissteigerung im Inlande ist eine Folge der teuren Auslandspreise. Trotz der Aufwendungen des Reiches in Höhe von [illegible] Milliarden Mark konnten wir die Preise nicht nach den Wünschen der Bevölkerung einrichten. Das wird auch noch im kommenden Jahr der Fall sein müssen. Um den Landwirt zu schützen, sind für den Herbst dieses Jahres bereits Mindestpreise angesetzt worden. Die [illegible] hat nun genaue Zahlen festgelegt und ist dazu gekommen, den Zuschlag zur Produktionssteigerung in diesem Jahre mit 56 v. H. festzusetzen. Es wird die Tonne Roggen 1600 M kosten, die Tonne Kartoffeln bei 600 M bestehen bleiben. Diese Erhöhung der Getreidepreise ist aber immer noch so gehalten, daß die Brotpreise nicht [illegible] zu werden brauchen. Die Hauptsache sei, die heimische Ernte ganz zu erfassen. [illegible] für die [illegible] und Lieferungsprämie. [illegible] in diesem Jahre mit einer frühen Ernte [illegible] die Lage [illegible] zu bleiben.

[illegible] sich gehoben, die Preise dürfen [illegible] gen. Freihandelsverbände müssen indessen recht bald verschwinden. Auch die Milchproduktion sei in der Besserung, genüge aber noch lange nicht. Die Zuckerproduktion habe sehr gelitten. Die Regierung habe jedoch für Kohlenzufuhren für die Zuckerindustrie gesorgt. Desgleichen sei eine Steigerung der Anbaufläche in diesem Jahre um 10 bis 12 v. H. erfolgt. Freigegeben könne der Zucker jedoch noch nicht werden. Das Bestreben der Regierung ist nach einer Verbilligung der Gemüsepreise gerichtet. Es sollen nur noch solche Organisationen und Kriegsgesellschaften bestehen bleiben, die unentbehrlich sind. — Zum Schluß seiner Ausführungen appelliert der Minister an die Landwirtschaft, anzuerkennen, was die Regierung zur Hebung ihrer Lage tue, dafür aber auch ihrer Lieferungspflicht nachzukommen. Andererseits mahne er das Publikum, die Landwirtschaft zu achten. Keinem Bauer könne vorgeschrieben werden, was er bauen soll.

Abg. Dr. Helfferich:

Der Minister des Auswärtigen hat das Bild unserer Lage in einem wichtigen Punkte ergänzt. Dasselbe geschah durch die Ausführungen des Ernährungsministers, sowie gestern durch die Darlegungen des Finanzministers. Wer Zahlen zu lesen versteht, wird besonders die vom Reichsfinanzminister gemachten Angaben als geradezu niederschmetternd empfinden. Wir sehen den ganzen Verfall unseres deutschen Gemeinwesens, den ganzen Ernst der Zukunft (Zuruf links: Wer trägt die Schuld?). Vielleicht tragen Sie (nach links) mehr die Schuld als ich. Wenn wir in der inneren Zerfahrenheit weiter schreiten, dann ist das Verhängnis unabwendbar. (Erneute Unterbrechungen bei den Unabh.) Ich bitte doch, diese Rufe zu unterlassen. (Zuruf bei den Unabh.: Nein, da müßte man ja eine Rhinozeroshaut haben!) Ich bin überzeugt, daß Sie mir die Schuld beimessen. Das ist mir gleichgültig. (Erneuter Lärm.) Die Vorgänge, die zur Bildung der neuen Regierung geführt haben, kann man nicht ohne Schmerz betrachten, wenn man bedenkt, daß wir in Spa vor die schweren Entschließungen gestellt werden. (Zuruf: Erzberger!) Nehmen Sie doch auf das Leiden dieses Herrn dieselbe Rücksicht, wie ich es tue. Die große Mehrheit des deutschen Volkes hat durch die Wahlen bekundet, daß sie

endlich wieder Ruhe

haben will. Hätten die anderen Parteien, die immer davon reden, daß sie auf dem Boden der Verfassung stehen, ebenso ihre Bereitwilligkeit betätigt, besonders angesichts der Entscheidungen in Spa, so hätte das dem Vaterlande mehr gedient. In wenigen Tagen hätte Deutschland eine Regierung gehabt. (Zuruf: Mit Helfferich! Heiterkeit links!) Eine Regierung, die uns entschlossenen Willen zum Leben gegeben hätte. Unsere Schuld ist es nicht, wenn dieser Weg nicht gegangen ist. (Sehr wahr! rechts.) In die Auseinandersetzungen der beiden feindlichen Brüder (nach links) will ich mich nicht einmischen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist die einzige, die sich weigert, sich vorbehaltlos auf den Boden der Verfassung zu stellen. (Lärm bei den Unabhängigen. Zuruf: Sie sind ein schöner Verfassungshüter!) Man scheint jetzt

die Methode des Wahlkampfes auch hier im Reichsparlament

einführen zu wollen. (Lärm bei den Soz.) Man hat ja eine Anfrage eingebracht, in der ich als Mitwisser von Millionenschiebungen hingestellt werde. Die Anfrage war zuerst vom Abgeordneten Müller unterschrieben. Als wir eine Gegenanfrage einbrachten, wurde diese Unterschrift zurückgezogen. (Hört, hört!) Ich stelle fest, daß derjenige, der mich einen Mitwisser von Millionenschiebungen nennt,

ein elender Verleumder

ist. (Lebhafter Beifall rechts. Lärm links.)

Präsident Löbe ruft den Redner zur Ordnung, zieht aber den Ordnungsruf zurück, als Abg. Helfferich erklärt, daß er keinen Abgeordneten persönlich gemeint habe. Die [illegible] daß sie von der Sozialdemokratie [illegible] Die Sozialdemokraten [illegible] (Rufe: Machen Sie es denn [illegible]) [illegible] aber nicht [illegible] mit den Deutschnationalen" an einem Tisch sitzen will. (Zustimmung links.) Wie ist denn die Lage?

Die Unabhängigen haben sich außerhalb der Verfassung gestellt.

Die Mehrheitssozialdemokraten machen nicht mit. Da bleibt nur ein Ausweg, das ist der sogenannte bürgerliche Block. (Zustimmung rechts und Zwischenrufe links.) Die bürgerlichen Koalitionsparteien wollten aber unsere Hilfe nicht. Wir erfreuen uns geringer Beliebtheit bei den Demokraten, weil wir mit der größten Entschiedenheit den nationalen Gedanken durch die Zeit des Niederbruchs getragen haben. (Unruhe bei den Demokraten.) Auf diesem nationalen Gedanken beruht die Zukunft des deutschen Volkes. Mit den Parteien der Koalition sind wir darüber einig, daß das beste ist, was wir brauchen, die Wiederherstellung und Sicherung von Recht und Ordnung. (Sehr richtig! rechts. Unruhe links.)

Wir brauchen aber auch die Machtmittel,

um Recht und Ordnung sicherzustellen. (Unruhe links und Lärm.) In welcher Weise wird heute in die Rechtspflege eingegriffen! Ich vertrete den Kreis Marburg mit und stelle fest, daß die Gerichtsverhandlung keinen Anlaß gab, von einer Schmach von Marburg zu sprechen. (Ungeheurer, sich immer wiederholender Lärm links, durch den der Ruf „Mörder!" immer wieder durchdringt.) Der Reichsfinanzminister hat in seinen Ausführungen einen gegen mich erhobenen Vorwurf, ich hätte Kriegssteuern verhindert, wiederholt. Der Vorwurf ist ungerecht. (Großer Lärm links.) Ich appelliere an die damaligen Anwesenden. Der Abg. Spahn wird mir bestätigen, daß ein Mitglied seiner Partei damals sagte, Kriegssteuern müßten unter allen Umständen vermieden werden. (Namen nennen!) Nun, wenn Sie es absolut wissen wollen, er heißt Erzberger. (Lang andauernde Heiterkeit. — Große Unruhe in der Mitte des Hauses.) Auch meinen Nachfolger Grafen Roedern habe ich unterstützt, als er im Jahre darauf neue Steuern einbrachte. Der Abg. Haußmann wird mir bestätigen, daß er mir im Mai 1916 schrieb, ich persönlich hätte das Verdienst, das neue Steuerprogramm durch viele Fährlichkeiten durchgebracht zu haben. (Lebhaftes Hört, hört! rechts. — Unruhe und Bewegung.) Gegen einen anderen Vorwurf des Reichsfinanzministers stelle ich fest, daß es

in meiner Amtsführung ein richtiges Defizit gar nicht gegeben

hat (Widerspruch und Lärm links.) Jedenfalls war damals unsere schwebende Schuld gedeckt, was heute nicht der Fall ist. Der von uns gewählte Weg war der einzig mögliche. Die großen Kriegsgewinne entstanden nicht in meiner Amtszeit, sondern erst später. Unsere ganze Finanzgebarung ist jetzt so undurchsichtig, daß selbst die Finanzämter nicht Bescheid wissen. Wir müssen die ganzen Finanzgesetze in einen Schmelztiegel werfen und wieder umschmelzen. Den Kriegsgesellschaften soll jetzt, Gott sei Dank, der Hals umgedreht werden. (Zuruf links: Sie haben sie geschaffen!) Im Kriege waren sie notwendig, aber nicht jetzt im Frieden. Das schlimmste ist die Entwicklung, die reichseigene Betriebe genommen haben. Bei den Eisenbahnen haben wir 15 Milliarden Defizit. Die Umwandlung der einzelstaatlichen Bahnen in Reichseisenbahnen ist nicht mit der nötigen Sorgfalt durchgeführt worden. Die Einzelstaaten haben vorher noch Besoldungsänderungen vorgenommen, die dem Reich Milliarden kosten. Die Rentabilität war bei dem hohen Preise von 40 Milliarden von vornherein in Frage gestellt. Nach der Besoldungsordnung erhält jetzt ein Schaffneranwärter 3000 M Gehalt mehr als ein Schaffner, an dessen Stelle er später rücken soll. (Hört, hört!) Der Finanzminister soll im Wahlkampf erklärt haben, wenn es so weitergehe, dann müßten wir die Eisenbahnen an fremde Kapitalisten verkaufen. (Finanzminister Dr. Wirth: Ich habe das gerade Gegenteil gesagt.) Diese Feststellung begrüße ich. Wenn wir nicht andere Wege gehen, [illegible] kommen wir zum Ausverkauf unserer Eisenbahnen. (Großer Lärm links und Zuruf: Sie sind der Bankrotteur!) Wir müssen aber zur Gesundung der Betriebe kommen, zu einer Vereinfachung der Verwaltung. Beim Reichswirtschaftsministerium ist die Beamtenzahl von 60 auf 1400 gestiegen. (Hört, hört!) Größte Sparsamkeit ist vonnöten, aber auch Festigkeit gegenüber allen Forderungen, die nicht unbedingt notwendig sind. Eine Beschränkung des